

# Der Saar-Bergknappe

Organ des Gewerkvereins christl. Bergarbeiter Deutschlands für das Saargebiet

Erscheint jeden Samstag für die Mitglieder gratis. — Preis für die Jahressubskribenten 5.— Fr. monatl. ohne Votenlohn, für die Postabonnenten 15.— Fr. vierteljährlich.

Für wirtschaftliche u. geistige Hebung des Bergarbeiterstandes

Geschäftsstelle des „Saar-Bergknappen“: Saarbrücken 2, St. Johannes Straße 49. — Fernsprech-Anschluß: Amt Saarbrücken, Nummer 1530, 1082, 2003, 3194.

## Die Lage im Saarbergbau ist äußerst ernst

Erleichterungen durch Bergwerksdirektion und Regierungskommission dringend notwendig!

### En die organisierten Belegschaften der Saargruben!

Kameraden! Infolge Lohnabbau und Feierschichten ist die Saarbergarbeiterschaft in Not geraten. Eine große Erregung hat Platz gegriffen, die erklärlich ist, da bei der letzten Lohnung viele Bergarbeiter — insbesondere Bau- darlehnsinhaber und solche Leute, die im vergangenen Monat Kohlen bezogen hatten — wenig oder sogar kein Geld mehr erhielten. Ohne Organisationsbeispruch haben heute

einzelne Gruben die Arbeit niedergelegt und eine Demonstration in Saarbrücken veranstaltet. Angesichts der vielen Feierschichten, die die Direktion einlegt, halten es die Gewerkschaften für äußerst falsch, wenn die Bergarbeiter aus sich heraus Feierschichten machen und so der Direktion die Situation erleichtern. Die Gewerkschaften haben alles getan, um die Direktion zu bewegen, eine besondere Vergütung für die Feierschichten zu bezahlen. Ebenso haben sie in aller Öffentlichkeit auf die trostlosen Verhältnisse, in denen sich die Bergarbeiterfamilien befinden, hingewiesen. Bereits für

heute waren Verhandlungen angelegt, um für diejenigen Leute, die wenig oder gar keinen Lohn mehr bekamen, zunächst einen besonderen Vorschlag zu erhalten. Ferner haben die Gewerkschaften heute mit den Mitgliedern der Regierungskommission; Präsident Stephens, den Ministern Kohnmann und Morize, Verhandlungen geführt. Wir haben der Regierung zum wiederholten Male nochmals eingehend über die mißliche Lage der Bergarbeiter Bericht erstattet und von ihr geeignete Maßnahmen verlangt, um die Bergarbeiter und ihre Familien über diese Notzeit hinwegzubringen. Zunächst müsse dafür gesorgt werden, daß den Leuten, die

wenig oder gar kein Geld erhalten hätten, sofort ein Vorschlag gegeben würde. Für die Feierschichten sei seitens der Regierung die Arbeitslosenunterstützung zu zahlen.

Der Preis der Arbeiterfahrkarten, der für viele Bergarbeiter enorm hoch sei, müsse herabgesetzt werden und wirksame steuerliche Erleichterungen seien sofort in Kraft zu setzen. Die Regierung versprach, die Forderungen einer eingehenden Prüfung zu unterziehen und ihrerseits — soweit es in ihren Kräften stünde — den Bergleuten in ihrer jetzigen Krise zu helfen.

Kameraden! Die Not ist groß, doch durch wilde Demonstrationen und Putschbewegungen

ist aus der jetzigen Situation nicht herauszukommen. Hört nicht auf die politischen Drahtzieher und unorganisierten Schreier! Nur durch zielbewusste Gewerkschaftsarbeit ist dem jetzigen Elend zu steuern. Deshalb ist im gegebenen Augenblick die Einigkeit und die Geschlossenheit, und vor allen Dingen eiserne Disziplin mehr wie je erforderlich. Nur dann können wir der jetzigen Schwierigkeiten Herr werden. Darum hoch die Einigkeit und Geschlossenheit der organisierten Bergleute!

Für den Gewerkverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands:  
gez. Fritz Kuhnen.

Für den Verband der Bergarbeiter Deutschlands:  
gez. Louis Hetterich.

Dieser Aufruf wurde am Freitag, den 20. Mai, den Mitgliedern durch die Tagespresse bekanntgegeben.

### Welchen Vorkommnissen entspringt der Aufreiß?

Am 17. und 18. Mai fand auf den Gruben die sogenannte Hauptlohnung für den Monat April statt. Mit der Hauptlohnung kommt gleichzeitig der 1. Abschlag für den laufenden Monat zur Auszahlung. Im April waren drei Feierschichten. Lohnabbau und Lohnverlust durch Feierschichten machten sich bei dieser Lohnung voll geltend. Viele Bergleute erhielten nur mehr wenig Lohn, andere gar keinen und wiederum andere hatten noch Schulden auf dem Lohnbeutel vermerkt. Darlehnsinhaber und die Kameraden, die Depotalkohlen bezogen hatten, waren besonders übel dran. — Es ist natürlich, daß diese Tatsachen die betroffenen Bergleute sehr aufregen mußte.

Die Feierschicht der Gruben Jägerstunde und Belsen ließ sich bewegen, am Donnerstag, den 19. Mai, nicht anzufahren.

Der Hauptteil zog nach Saarbrücken, um vor der Bergwerksdirektion gegen die Lohnbildung und die Feierschichten zu demonstrieren. Die bereitgestellte Polizei leitete aber die anmarschierenden Bergleute in den Ludwigspark, wo gegen 10,30 Uhr die beiden Demonstrationen vereinigt waren.

Hier erstatteten die Kameraden K u h n e n vom Gewerkverein und M i c h e l y vom Verband einen kurzen Bericht über die Lage und die kurz vorher stattgefundenen Verhandlungen auf der Bergwerksdirektion, die schon einige Tage vorher für Donnerstag angesagt waren. Da Generaldirektor D e s s i n e nicht in Saarbrücken weilte, führte auch diese Verhandlung zu keinem positiven Ergebnis.

Nach den Gewerkschaftsführern sprachen noch drei Kameraden aus dem Arbeitsverhältnis, die ihre Lage schilderten. Wenn sie im Unmute recht radikale Worte fanden, dann ist das mehr wie zu verstehen. Daß sie aber glaubten, die Schale ihres Jornes auf die Gewerkschaften und die gewerkschaftliche Führung auszuschießen zu müssen, war nicht zu verstehen, zumal doch die Gewerkschaften die einzigen praktischen Helfer der Bergleute sind. Wenn so zwischen durch aufgefördert wurde, die Zahlung des Gewerkschaftsbeitrages einzustellen, dann lag diese Aufforderung doch sicherlich nicht im Interesse der Bergleute. Die Leute, die dabei „Sehr richtig!“ riefen, waren keine Gewerkschaftler.

### Die Forderungen,

die vorgebracht und auf Grund der Demonstration sofort durchgedrückt werden sollten, lauten:

1. Sechsstündige Arbeitszeit im Bergbau;
2. Zurücknahme des Lohnabbaues;
3. Bezahlung der Feierschichten, mit Einschluß der heutigen Feierschicht für die demonstrierenden Belegschaften;
4. Einmalige Feuerungszulage von 300 Franken für Verheiratete und 200 Franken für Ledige, die sofort auszuzahlen ist.

Nach den Kameraden aus dem Arbeitsverhältnis sprachen noch die beiden Kommunistenführer Abg. Reinhardt und ein gewisser „Herr Paul“, der in Bayern beheimatet sein soll. Beide begrüßten die Demonstration, die ein Zeichen der „Einigkeit des Proletariats“ und eine Antwort auf die erfolglosen Taten der Gewerkschaftsführer sei. Die kommunistische Partei nähme sich der Arbeiterforderungen an. Die „verrottelte bürgerliche Gesellschaft“ müsse solange bekämpft werden, bis sie „verreckt am Boden liege“. Dann beginne der Aufstieg der Arbeiterkraft unter kommunistischer Führung. Die kommunistische Partei müsse daher von allen Arbeitern beschützt werden. Die „Gewerkschaftsbongzen“ bekamen natürlich sehr viele Zusprüche. Sie machte man so ungefähr für alles Elend und alle wirtschaftliche Not verantwortlich. Man forderte sie auf, sich an die Spitze des Zuges zu stellen und zur Regierung zu ziehen zur Verwirklichung der aufgestellten Forderungen. Die Kommunistenführer erklärten, daß sie sich an die Spitze des Zuges stellen und bei der Regierung die Forderungen vertreten würden.

Der sich nun erneut bildende Demonstrationenzug zog dann zum neuen Landgericht, während mittlerweile die Gewerkschaftsführer auf dem Schloßplatz mit der Regierung verhandelten.

Das ist der Tatbestand, der zum Erlaß des Aufreißs führte.

### Welche Lehren müssen aus dem Vorkommnis gezogen werden?

Die beiden Bergarbeiterverbände hatten vereinbart, anläßlich der nächsten Feierschicht gemeinsame Kundgebungen in den zentral gelegenen Orten für die gesamte organisierte Belegschaft zu veranstalten. Es unterliegt keinem Zweifel, daß dieses Vorhaben der kommunistischen Partei mitgeteilt und von dieser zu

durchkreuzen verfaßt wurde. Aus Neußerungen, die im Ludwigspark fielen, konnte man das klar schließen. Hals über Kopf wurden einige Belegschaften alarmiert, die einen gewissen kommunistischen Einschlag zeigten. Die Erregung über die sattegefundene Lohnzahlung gab den günstigen Boden ab. Es folgten aber doch nur zwei Gruben dem Rufe der Kommunisten. Andere Belegschaften, die auch angegangen wurden, lehnten eine Mitwirkung ab.

Durch dieses Vorgehen wurde der Einigkeit der Saarbergleute kein Dienst erwiesen.

Es ist doch praktisch so, daß in den wirtschaftlichen und sozialen Fragen alle gewerkschaftlichen Organisationen, die im Saarbergbau am Tarifvertrage beteiligt sind, seit Jahren z u s a m m e n w i r k e n. Wenn nun eine politische Partei, die weiß noch unorganisierte Arbeiter in ihren Reihen vereinigt, sich einzuschließen sucht, dann ist es mit der Einigkeit vorbei. Sie will doch keine praktische Gewerkschaftsarbeit leisten, sondern für sich und ihre politischen Ziele werben. In diesen Dienst wurde auch die ganze Demonstration gestellt. Die beiden Kommunistenführer, die zu den erregten Leuten sprachen, wissen so gut wie wir,

daß die aufgestellten Forderungen auf Grund der Demonstration niemals zu verwirklichen waren.

Darum ging es ihnen auch gar nicht, wie ihren Ausführungen klar zu entnehmen war. Fast kein Wort fiel gegen die Bergwerksdirektion oder den französischen Staat als Besitzer der Saargruben, dafür fielen aber unsumme Worte gegen die Gewerkschaftsführer. Die Hauptaufgabe wurde darin erblickt, Mißtrauen gegen die Führer zu säen und zu nähren; denn: haben wir die Führer erledigt und die Gewerkschaften ausgehöhlt, dann sind die Arbeiter reif für die kommunistische Partei. Ohne geschlossene Gewerkschaftsbewegung steigt das Elend und dieses schafft den günstigen Nährboden für die kommunistische Saat. — Diese Gedanken fanden unausgesprochen hinter den Ausführungen der kommunistischen Führer, die hier die praktische Arbeit der Gewerkschaften zum Schaden der Bergleute zu sabotieren suchten. Das muß mit aller Deutlichkeit gesagt werden, damit unsere Mitglieder endlich begreifen, worum es den Kommunisten mit ihrem ganzen Gebaren geht.

Natürlich spielten auch die Vorgänge in China, in London usw. sowie die „Weltrevolution“ einen Hauptbestandteil der kommunistischen Ausführungen. Besonders geistvoll war die Aufforderung, die Arbeiterschaft müsse durch geschlossenes Zusammenstehen solange die Arbeit einstellen, bis „die Barschwas verreckten“. Wie inzwischen die Arbeiterschaft l e b e n s o l l, das Rätsel zu lösen überließ man der augenblicklich beifallspendenden Menge. Der Jammer, der einen ob dieses Spieles mit der Not der Arbeiterschaft erschauerte, zwang zum Erlaß des Aufreißes, damit

durch Anwenden kommunistischer Methoden, die nur die größten Torheiten darstellen, nicht das Elend noch vermehrt wird.

Es sind billige Schlagere: „Lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende.“ Damit ist nichts erreicht. Es ist auch nichts erreicht für die Bergleute, wenn die Gewerkschaftsführer verletzert und verkleumet werden. Wer in dieser Notzeit sie verletzert, beweist, daß er die Gewerkschaftsbewegung schwächen, also der Arbeiterschaft Schaden will. Im eigenen Interesse muß die Bergarbeiterschaft sich die kommunistischen Ratgeber vom Leibe halten.

### Sind die Forderungen zu verwirklichen?

Es ist klar, daß wir die Not der Bergleute nur zu gut kennen, und uns auch der heiligen Pflicht stets bewußt sind, sie nach Möglichkeit lindern zu helfen. Wo es so ist, haben wir auch die Verpflichtung, vor Täuschungen zu warnen, die heute den Bergleuten vor- gezeichnet werden. Daher stellen wir hier die Frage:

Glaubt ein Bergmann, der noch klar urteilen kann, daran, daß die bekannt gegebenen Forderungen durch eine Demonstration zu verwirklichen sind?

Die Kommunistenführer glauben ja selbst nicht daran. Das zeigt klar ihr nachheriges Verhalten: erstens zogen sie recht brav gemäß den polizeilichen Anweisungen in weitem Bogen um die Bergwerksdirektion herum und machten sie auch nicht den leisesten Versuch, die Forderungen auf der Bergwerksdirektion zu vertreten; zweitens waren sie auch nicht bei der Regierungskommission, um dort „mit Weltrevolution und Stenfortstimme“ den demonstrierenden Arbeitern auch nur die Bezahlung der gestrichelten Schicht zu erwirken. Als es auf die armen Kameraden, die hungernd bestanden und der kommunistischen Erlösung harrten, in Strömen regnete, da verdächtigten die kommunistischen Helden sich „auf französisch“. Und das Fazit? Die Kameraden, die sich in der Erregung, die sich ihrer verständlicherweise bemächtigt hat, zu dem Demonstrationzug verleiten ließen, sind um eine bittere kommunistische Erfahrung reicher und — um einen weiteren Schichtlohn ärmer. Uns freut das nicht! Großes Mitleid fühlen wir mit den Leuten. Ihre Not kennen wir. Und an ihrer Behebung mit allen Mitteln zu arbeiten ist uns, das sei nochmals betont, heiligste Pflicht. Daß das den Kommunisten nicht gefällt, stört uns nicht, kann uns auch nicht davon abhalten, nach wie vor den für richtig erkannten Weg zu gehen, und die Bergleute vor der Führung, die im Ludwigspark „donnernd Phrasen droht“, wahrdrücklich zu warnen.

Ist jetzt die Sechsstundenschicht im Saargebiet zu verwirklichen?

Die Rechnung, die zur Begründung aufgemacht wurde, war verblüffend: wir arbeiten jetzt an fünf Tagen je 8 Stunden, macht die Woche 40 Stunden; bei sechsstündiger Schicht können wir die Woche sechs Schichten verschieben und haben nur 36 Stunden bei gleichbleibendem Schichtlohn. Wirklich, die Rechnung war sehr einfach, wenn sie nicht ohne den Wirt gemacht wäre. Um eins vorauszuschicken: wir sind nicht gegen die Sechsstundenschicht, beileibe nicht; wir sind

men auch einer Vierstundenschicht zu, wenn sie möglich werden sollte. Aber, wir müssen die Dinge doch nüchtern betrachten. Kann im Saargebiet, wenn in Frankreich, Deutschland, England, Belgien, Polen usw. im Bergbau die Achtstundenschicht, oder z. T. (wie in Frankreich) die Sechsstundenschicht besteht, die Sechsstundenschicht verwirklicht werden? Und wenn die im Ludwigspark versammelten Bergleute die beiden Kommunistenführer Heimhard und „Herr Paul“ als Generaldirektoren der Saargebiete sofort eingesetzt hätten, dann gäbe es mit der Verwirklichung nichts, jawohl: rein gar nichts. So ist es auch mit der Verwirklichung der übrigen Forderungen, die die Kommunisten zu verwirklichen versprochen. Seifenblasen haben sie den Bergleuten vorgepustert, weiter nichts. Sie streuen sich aber, daß sie Kustrioden läen und Mißtrauen gegen die Gewerkschaften stiften konnten. Paris sind sie ja erfahren, wie die gewerkschaftlichen Trümmersfelder der Gebiete besetzen, wo ihnen einst auch weite Arbeiterkreise Gehör schenkten, nunmehr aber gelbe Werksvereine gemeinsam mit den Unternehmern die anrechte Arbeiterschaft niederhalten.

Wir wissen es, daß Not verbittert und dann manches Wort fällt, das nicht auf der Goldwaage gelegen hat. Das ist auch weiter nicht schlimm. Wenn aber sogenannte Führer die Arbeiter aufhegen, die Institution zu schädigen, die allein für sie von Nutzen ist, dann müssen wir dagegen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln ankämpfen. Das gebietet uns die Pflicht als verantwortungsbewußte Vertreter der Arbeiterinteressen. Und so sagen wir:

Folgt die Arbeiterschaft der Saargebiete den kommunistischen Anweisungen, dann vermehrt sie nur ihre Not und reut ins Verderben.

Wer es ehrlich mit sich und seiner Familie meint, muß am Gewerksverein festhalten, zu dessen Führung stehen und das gegenseitige Vertrauen stärken. Das allein ist die Grundlage, von der aus Schwierigkeiten gemildert oder überwunden werden können. Die Wahl kann also nicht schwer fallen. Also gilt es den Ruf zu befolgen, den wir unseren Ausführungen vorausschickten.

waren bisher die Mitglieder des „Völklinger Knappschaftsvereins“ ausgeschlossen. Auf den eingereichten Antrag, die Zulage auch für die genannten Rentner zu zahlen, trifft jetzt folgende Antwort ein:

Berlin, den 11. Mai 1927.

Der Reichsarbeitsminister.  
An den Gewerksverein christl. Bergarbeiter Neunkirchen.

Nach der im Reichsbauhaushalt festgelegten Zweckbestimmung der Reichsbeihilfen an landwirtschaftliche Versicherungsbetriebe können die Beihilfen nur an Berechnungsjahre landwirtschaftlicher Versicherungsträger gezahlt werden. Wie der Herr preussische Minister für Handel und Gewerbe mitgeteilt hat, ist die von Ihnen als „Völklinger Knappschaftsverein“ bezeichnete „Invaliden-, Witwen- und Waisenpensionskasse der Völklinger Werke zu Völklingen a. d. S.“ für die Völklinger Eisen- und Stahlwerke in Völklingen errichtet, die aber nie Knappschaftsversicherungspflichtig waren. Danach ist die Kasse kein Träger der Knappschaftlichen Versicherung im Sinne der Bekanntmachung vom 28. September 1926, sondern eine private Pensionskasse. Die Beihilfen kann diesen Pensionskassen daher nicht gewährt werden. Aus Einzelfällen habe ich auch erfahren, daß die Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz die Beihilfen nur an die Berechtigten der in meinem Schreiben vom 17. Januar d. J. — II 11 951/26 — bezeichneten Knappschaftsvereine zahlt.

Im Auftrage: gez. Grieger.

Leider scheiden damit die dem Völklinger Knappschaftsverein angehörenden Pensionäre und Witwen bei dem Bezug der Reichsbeihilfe aus, weil es sich um eine private Wohlfahrtsanstalt handelt, die nicht auf Grund der Knappschaftlichen Gesetzgebung errichtet wurde. Es läge somit an der Firma Völklinger, den Besitzern von Rente aus ihrer „Invaliden-, Witwen- und Waisenpensionskasse“ einen Ausgleich in Höhe der Zulage zu geben, die das Reich den Knappschaftlichen Rentenbezieherern gewährt.

Zur Lage der Kohlenwirtschaft

In der Bewirtschaftung der Kohle steht man erneut vor großen Schwierigkeiten. Verschiedene Länder melden neben Kohlereduzierungen auch Teilerschichten und Entlassungen von Arbeitern. So hofft man vorhandene Störungen im Abzug zu überwinden. Man gewinnt jedoch die Ansicht, daß die vorhandene Krise sich erst in der Entwicklung befindet. Starke Auseinandersetzungen zwischen Industrie und Arbeiterschaft werden nicht ausbleiben. Zudem ist der Kampf um die Unterbringung der Kohlenproduktion zwischen den einzelnen bergbaureichenden Ländern entbrannt. Man bemüht sich, die heimische Produktion zu schützen. Fragwürdige Erleichterungen und Einfuhrzölle sollen die Einfuhr fremder Kohle erschweren. Sie haben dazu Arbeit und Verdienst im eigenen Land zu schaffen. Die Auswirkungen der getroffenen Maßnahmen sind noch nicht zu übersehen. Wie sich diese auch auswirken, eine befriedigende Dauerlösung der Schwierigkeiten bringen sie nicht.

Wo müssen nun diese gesucht werden? Es ist zunächst festzustellen, daß die Welt im Jahre 1913 eine Förderung an Steinkohle von 121 Milliarden Tonnen erreichte. Dieses Quantum reichte aus, um den damals vorhandenen Bedürfnissen der Wirtschaft gerecht zu werden. Auch in den vorhergehenden Jahren war ein höherer Verbrauch an Kohle nicht festzustellen. Nun ist der Kohlenverbrauch seit dieser Zeit gewiß nicht größer geworden. Neben Elektrizität und Wasserkraften haben gerade die in den letzten Jahren geschaffenen technischen Neuerungen die der Kohle innewohnenden Energien in starkem Maße ausgenutzt. Auch dadurch entstand und existiert ein großer Minderverbrauch. Das vergangene Jahr brachte nun eine Weltsteinkohlenförderung von 118 Milliarden Tonnen. Sie blieb zahlenmäßig um etwa 30 Millionen Tonnen gegenüber dem Jahre 1913 zurück. Durch den englischen Streik fiel eine Produktion, gemessen an dem Ergebnis vom Jahre 1925, von 123 Millionen Tonnen aus. Unter Hinzurechnen dieses Quantums würde die genannte Friedensförderung stark überholt sein. In diesem Falle müßte sich die Krise im Abzug schon im letzten Jahr voll auswirken. Zur Zeit ist der Bergbau in allen Ländern eifrig daran, die Kohlenförderung zu erhöhen. Aus der gesteigerten Produktion kommt das Bedürfnis, die Kohle auf dem Markt unterzubringen. Eine fortwährende Steigerung der Kohlenproduktion könnte aber nur dann erwünscht sein, wenn die Aufnahme von den verbrauchenden Wirtschaftseinheiten garantiert ist. Dies ist leider nicht der Fall. Neben der Wirtschaft unseres Landes leidet diejenige der Nachbarstaaten stark unter den Folgen des Krieges. Die Kaufkraft weiter Schichten ist lahmgelegt. Es muß deshalb die heutige planlose Kohlenproduktion zur Krise führen.

So sehr auch dieser Zustand beklagt werden muß, eine Änderung ist in den kommenden Monaten kaum zu erwarten. Die Situation scheint sich weiter zu verschlechtern. Durch die Kohlenknappheit der Nachkriegsjahre, weiter infolge der politischen und wirtschaftlichen Störungen, hatten eine Reihe Länder sich darauf eingestellt, den Bedarf an Brennstoffen aus der eigenen Wirtschaft zu decken. Der Abzug im Ausland sollte zur Kapitalbeschaffung dienen. So wurde eine starke Vermehrung der Belegschaften vorgenommen. Über 4 Millionen Bergarbeiter hat man in Frankreich, Belgien, Holland, Deutschland und dem Saargebiet eingestellt. In Frankreich trägt man sich mit

Knappschaftliches — Sozialversicherung

Für die Mitglieder des Saar-Knappschaftsvereins finden recht bald sehr wichtige Wahlen statt. Zunächst kommt für die aktiven und inaktiven Mitglieder die Wahl eines anderen Knappschaftsarztes

in Frage. Welchen Arzt die Kameraden aus bestimmten Orten wählen können, ist durch Ausschau auf den Gruben bekannt gegeben. Auch alle Knappschaftsältesten sind in der Lage, Auskunft zu geben. Wer also nicht Bescheid wissen sollte, wende sich vor der Wahl an den zuständigen Vorgesetzten. Im übrigen muß so verfahren werden, wie in der ersten unten folgenden Bekanntmachung angegeben ist. Wir bitten die Kameraden, die Bestimmungen sich genau zu merken. Sodann kommt die

Wahl eines Arztes für die Familien-Krankenhilfe in Frage. Sie findet in der Zeit vom 9. bis 18. Juni statt. Wie dabei zu handeln ist, geht aus der zweiten Bekanntmachung des Knappschaftsvorstandes hervor. Auch die darin enthaltenen Bestimmungen sind genau zu beachten.

Bekanntmachung betr. die Wahl eines anderen Knappschaftsarztes

Soweit nicht von dem Wahlrecht Gebrauch gemacht wird, ist für die Behandlung der Vereinsmitglieder — Aktiven und Berginvaliden — der Knappschaftsleiterarzt zuständig, in dessen Sprengel das Mitglied wohnt. (Anrechnungsgebührenzahler und pensionierte frühere Mitglieder haben auf ärztliche Versorgung keinen Anspruch.)

Sämtlichen Mitgliedern steht es jedoch frei, anstatt des zuständigen Knappschaftsarztes den Knappschaftsarzt eines Nachbar Sprengels zu wählen, sofern dieser nicht mehr als 7 Km. vom Wohnort entfernt wohnt. Nur zur Familienkrankenfürsorge zugelassene Ärzte kommen für diese Wahl in Betracht.

Das Mitglied ist bei Verzicht auf das Wahlrecht an den zuständigen Sprengelarzt bzw. an den neugewählten Arzt vom 1. Juli d. J. ab bis zur nächsten Wahl gebunden.

Die Wahl hat bei den aktiven Vereinsmitgliedern durch Abgabe einer mündlichen Erklärung bei der für das Vereinsmitglied zuständigen Werksverwaltung bis spätestens zum 20. Juni d. J. zu erfolgen. Durch Krankheit verhinderte Mitglieder können durch eine vom Knappschaftsältesten zu beglaubigende Vollmacht eine andere, in der Vollmacht zu bezeichnende Person mit dieser Erklärung beauftragen.

Verginvaliden können ebenfalls bis zum 20. Juni d. J. ihr Wahlrecht bei dem zuständigen Knappschaftsältesten ausüben.

Später abgegebene Erklärungen sind ungültig. Wer von seinem Wahlrecht Gebrauch gemacht hat, erhält von seiner Werksverwaltung — Berginvaliden vom zuständigen Knappschaftsältesten — eine Ausweisurkunde, die dem gewählten Knappschaftsarzte bei der Inanspruchnahme vorzulegen ist.

Wer bis zum 20. Juni d. J. nicht im Besitz einer Ausweisurkunde ist, obgleich er nachweislich rechtzeitig gewählt hat, kann bis zum 1. August d. J. Ersatz bei der Werks-

verwaltung, dem zuständigen Knappschaftsältesten oder bei der Knappschaftsverwaltung beantragen. Nach dem 1. August d. J. abgegebene Erklärungen werden nicht mehr berücksichtigt.

Um Irrtümer auszuschließen, wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß vorstehend ausgeschriebene Wahl nur für die ärztliche Versorgung der Mitglieder selbst gilt. Die Neuwahl für die Durchführung der Familienkrankenfürsorge erfolgt getrennt von der Aktiven-Wahl und wird durch besondere Bekanntmachung geregelt.

Vereinsmitglieder! Wählt im Interesse einer ordnungsmäßigen Durchführung der Knappschaftlichen Versorgung nach Möglichkeit nicht allzuweit von Eurem Wohnort entfernt wohnende Knappschaftsärzte, wenn Euch Gelegenheit zur Wahl eines näher wohnenden Knappschaftsarztes gegeben ist. Nehmt bei der Wahl auch Rücksicht auf die Schwierigkeiten, die dem Wahlarzt beim Uebererschreiten der Grenze des Saargebietes entstehen.

Der Knappschaftsvorstand.

Wahl zur Familien-Krankenhilfe

Die Arztwahl zur Familien-Krankenhilfe findet in der Zeit vom 9. bis 18. Juni 1927 statt.

Sämtliche zur Familien-Krankenhilfe nach den Bestimmungen berechtigten Arbeiter und Beamte, soweit sie Mitglieder der Kasse sind, haben ihrem Abteilungsbeamten persönlich oder schriftlich die Erklärung abzugeben, welchen Arzt sie für ihre Angehörigen wählen wollen.

Wählbar als Familien-Krankenfürsorgearzt sind neben dem zuständigen Knappschaftsarzt die Wahlärzte, welche in dem jedem Abteilungsbeamten zugewiesenen „Bezirk“ der Ortschaften und Werke, die für die Familien-Krankenhilfe in Betracht kommen“, aufgeführt sind.

Für jeden Berechtigten wird eine neue Ausweisurkunde des Saar-Knappschaftsvereins ausgestellt. Die Verteilung der Karten an die Belegschaftsmitglieder erfolgt vom 27. Juni 1927 ab. Wer bei der Verteilung seine Karte erhält, hat innerhalb der nächsten 4 Wochen, spätestens bis 31. Juli 1927, einen entsprechenden Antrag bei der Knappschaftsverwaltung zu stellen.

Für Zugänge nach der Wahl und solche Mitglieder, die sich im Laufe des Jahres verheiraten, werden die Ausweisurkunden auf besonderen Antrag, der bei der Werksverwaltung zu stellen ist, von der Knappschaftsverwaltung ausgestellt. Dem Antrage ist eine Heiratsbescheinigung beizufügen.

Die Arztwahl hat vom 1. Juli 1927 ab Wirkung. Die alten Ausweisurkunden sind von diesem Tage ab ungültig. Saarbrücken, Mai 1927.

Der Knappschaftsvorstand.

Reichsbeihilfe für saarländische Versicherte außerhalb des Saargebietes

Die Reichsregierung zahlt seit Monaten den Sozialrentnern und Witwen außerhalb des Saargebietes, soweit sie ihre Pensionen und Renten in der Krankenversicherung beziehen, einen monatlichen Zuschuß. Von dem Bezug



dem Gedanken, die Belegschaft in den kommenden Jahren zu vermehren, daß die Produktion zum befriedigenden wirtschaftlichen Bedürfnisse ausreicht. Wird dadurch die heutige Zufuhr von jährlich 15 Millionen Tonnen unmöglich gemacht, müssen anderweitige Störungen auftreten. Belgien und Holland tragen sich mit ähnlichen Gedanken. Auch Städte versuchen ihren Kohlenbedarf aus eigenen, neue herzustellenden Zechen zu befriedigen. Zu gleicher Zeit wird das Produktionsergebnis durch Rationalisierungen vermehrt, Zechen mit weniger ergiebigen Flözen sind stillgelegt. Mit Hilfe des technischen Fortschrittes und Ausnützens der menschlichen Arbeitskräfte hofft man zu fortwährend gesteigerten Leistungen zu kommen. Überall ein Wettrennen nach höheren Förderungen.

Unter dem Druck dieser Verhältnisse steht ein fürchterlicher Konkurrenzkampf ein. Mit Hilfe des verlorenen Streikes und einer verlängerten Arbeitszeit hofft der englische Bergbau den Weltmarkt zu gewinnen. Seine Bestrebungen haben Erfolg. Die größeren ausländischen Aufträge der letzten Zeit wurden ihm zugewiesen. Durch die Konkurrenz der englischen Kohle kam der spanische Bergbau schon vor Wochen in ernsthafte Schwierigkeiten. Die englischen Verkaufspreise reichten in Spanien kaum aus, um die Gesteinsofenkosten der eigenen Kohle zu decken. So forderten Industrie und Arbeiter von der dortigen Regierung Schutz vor der englischen Einfuhr. Trotz der gezeichneten französischen Bestrebungen steht der Bergbau, durch die Zufuhr englischer Kohle, vor Produktionsbeschränkungen. Die Haldenorräte mehren sich. Dazu sind im Norden Frankreichs bereits Fetterschichten eingelegt. Industrie und Arbeiter fordern, die Einfuhrzölle auf englische Kohle zu erhöhen. Infolge der englischen Konkurrenz steht der Absatz in Belgien und Holland. Die Förderung in Polen mußte erheblich eingeschränkt werden. In starkem Umfange sind Arbeiterentlassungen erfolgt. Überall Störungen in der Produktion. Eine uneingeschränkte Produktion mit dem notwendigen Absatz ist zur Zeit wohl in keinem Kohlengebiet vorhanden.

Werden diese unerfreulichen Erscheinungen nicht beseitigt, leiden mit Industrie und Arbeiterschaft die einzelnen Staaten. Neben geringen Löhnen stehen Fetterschichten und zahlreiche Arbeitslose. Sie müssen aus der Arbeit unterhalten werden. Die Kaufkraft Tausender von Menschen ist unterbunden. Eine Belebung des inneren Marktes ist stark gehemmt. Ein Abfluß von Menschen aus dem Bergbau in andere Industrien ist unmöglich. Am hier erleichterten zu erreichen, sind die bisher geübten Methoden von Lohnreduzierungen und Arbeitszeitverlängerungen ungeeignete Mittel. Stets rufen solche Maßnahmen dieselben Erscheinungen in anderen Ländern hervor. Der Bergmann braucht einen ausreichenden Lohn. Sein Verdienst fließt zu 90 Prozent wieder in die Wirtschaft zurück. Nur so ist die notwendige Belebung des inneren Marktes zu erreichen. An einem Abstoßen des Produktes zu Schleuderpreisen hat auch der Arbeiter kein Interesse. Für die Kohle muß ein Preis erzielt werden, der von der Wirtschaft getragen und die Zahlung des obengenannten Lohnes ermöglicht. Internationale Verständigungen über Höhe, Preis und Verteilung der Produktion sind, neben der Belebung des eigenen Marktes, erste Vorbedingungen einer wirtschaftlichen Gesundung. Der heutige Weg führt zum Ruin. Ungeheuer werden die Arbeiten sein, die von der organisierten Bergarbeiterschaft aller Länder in den nächsten Jahren geleistet werden müssen. Man wird erst die Vorbedingungen zu schaffen haben, die ein gesundes Arbeits- und Lohnverhältnis ermöglichen, sowie die Aufwärtsentwicklung des Standes garantieren.

### Sollen Gruben stillgelegt werden?

In der „Saarbrücker Landeszeitung“ (Nr. 133 vom 17. Mai) steht folgende Meldung:

„Französischerseits wird offiziell (halbamtlich. Die Red.) verlautbart, daß angeichts mangelnden Abzuges und bedauerlicher Vorratszunahme binnen kurzem eine „Nationalisierung“ im Saargebiet vorgenommen werden müsse. Die minder ergiebigen Gruben sollen stillgelegt werden. Die derzeit verfügbar gewordenen Bergarbeiter sollen, soweit möglich, auf den besseren Gruben untergebracht werden. Für die Zukunft ist eine Fetterschicht allwöchentlich vorgesehen. Keinesfalls, so wird erklärt, soll zu Entlassungen in dem Maßstabe geschritten werden, wie sie im Ruhrgebiet anlässlich der Nationalisierung erfolgten.“

Es ist klar, daß diese französische Meldung große Unruhe innerhalb der Saarbergarbeiterschaft auslöste. Bisher wurde durch die Bergwerksdirektion immer betont, daß sie an Arbeiterentlassungen nicht denke. Nun heißt es in der Meldung — die offiziell sein soll — daß keinesfalls zu Entlassungen in dem Maße wie im Ruhrgebiet geschritten werden sollte. Nach dieser Lesart sollen also doch Entlassungen vorgenommen werden. Weiter oben heißt es schon sehr vorsichtig, daß die auf den stillgelegten Gruben verfügbar gewordenen Bergarbeiter soweit wie möglich auf den besseren Gruben untergebracht werden sollten. Das ist sehr behubar. Vorausgesetzt, daß tatsächlich die angekündigten Maßnahmen geplant sind,

müßte es, falls Arbeiterentlassungen nicht beabsichtigt sind, doch heißen: alle verfügbaren Arbeiter werden auf den besseren Gruben untergebracht. Wie schon gesagt, gibt die Meldung zu Befürchtungen allen Anlaß. Wir müssen daher mit Entschiedenheit fordern, daß die Generaldirektion der Organisationen sofort unzweideutig mitteilt, was sie plant. Die Meldung wurde von ihr nicht dementiert, sodaß die Unruhe schon begreiflich ist, die innerhalb der Bergarbeiterschaft herrscht. Die Organisationen haben ein Anrecht darauf, sofort zu erfahren, ob Gruben stillgelegt werden oder nicht. Die Ungewißheit, die auf Grund der Meldung besteht, muß beseitigt werden. Die Organisationen und Bergleute müssen wissen, woran sie sind.



### Im Mai

Sah dich umarmen, o wonnige Welt,  
Wiesen und Wälder, du grünendes Feld!  
Blumen und Blüten, so reich ihr an Zahl,  
Berge so prächtig, o liebliches Tal!

Vögelchen singen vor Liebe und Lust,  
herrliche Lieder entquillen der Brust,  
Quellen im Grunde, sie stimmen mit ein,  
alles umflutet ein rosiger Schein.

Freude und Jubel, wohin ich auch geh',  
unter den Bäumen ein dufteender Schnee,  
wandernde Wolken, die Lüfte so rein!  
Schickt in die Ferne die Grüße hinein!

Seht sie, die Schächte und Schote im Licht!  
Werktag, der graue, hat Sonntagsgesicht,  
und aus den Mäulen, so hart und so groß,  
ringt es in lieblichen Tönen sich los:

Holder, o schöner, o prächtiger Mai,  
mach' auch die Arbeit, die darbenende frei,  
führ' auch die Heimat, die teure, du  
wieder beglückendem Aufstieg zu!

E. Keilling.



Die Regierungskommission muß sich ebenfalls um Klarstellung bemühen. Es darf ihr doch nicht einseitig sein, wie der französische Staat hier zu handeln gedenkt. Sie hat doch die Aufgabe übernommen, für die Wohlfahrt der Bevölkerung zu sorgen und sie zu schützen. Das wäre eine billige Methode, selbstverschuldete Schwierigkeiten einfach durch Grubenstilllegungen und Entlassung von Arbeitern beheben zu wollen! Die Organisationen haben durchführbare Vorschläge gemacht, wie die Schwierigkeiten behoben werden können. Die Regierungskommission hat die Pflicht, sich für deren Durchführung einzusetzen, damit allen Bergleuten ihre Verdienstmöglichkeit erhalten bleibt.

### Beschneidung der gewerkschaftlichen Freiheit in England

England ist das Land, in dem sich die Gewerkschaftsbewegung zuerst bildete. Die sogenannten „Trade Unions“ wurden vorbildlich für die Gewerkschaftsbildungen in anderen Ländern. Nach mehr als hundertjährigem Bestehen drohen der englischen Gewerkschaftsbewegung nunmehr große Gefahren. Die gegenwärtige englische Regierung, die sich aus Konserativen zusammensetzt, hat vor einigen Wochen im Unterhaus einen Gesetzentwurf eingebracht, der sehr gewerkschaftsfeindlich ist. Wie wir aus der Tagespresse erfahren, haben sich um diesen Gesetzentwurf im englischen Parlamente leidenschaftliche Kämpfe entwickelt. Die Labour-Party (Arbeitspartei) bekämpft den Entwurf mit aller Entschiedenheit. An diesem Kampf ist die gesamte Arbeiterschaft interessiert. Es dürfte daher nützlich sein, einen orientierenden Artikel, den der Kollege H. Körner-Köln im Zentralblatt brachte, auch unseren Mitgliedern zur Kenntnis zu bringen. Sie lernen dann auch die Motive kennen, die zur Einbringung des Gesetzentwurfes führten, und die Beschneidungen, die er an der gewerkschaftlichen Freiheit vornimmt.

„Klassenkampf der gefährlichsten Art“ nennt Ramsay MacDonald, der Führer der englischen Arbeiterpartei, den Gesetzentwurf, den die englische Regierung unter dem Namen Trade Unions Bill im englischen Parlamente einbrachte. Dieser Gesetzentwurf will die Rechte der Gewerkschaften in geradezu unglaublicher Weise beschneiden; Rechte, die sich die Gewerkschaften in jahem Kampfe errungen und die in den Jahren 1871, 1875 und 1908 ihren Niederschlag in besonderen Gesetzen gefunden hatten. Sehr lange hat Baldwin, der englische Premierminister, sich gegen seine eigenen

Freunde gewehrt, um das Einbringen dieser gewerkschaftsfeindlichen Vorlage zu verhindern. Schließlich haben aber die reaktionären Schatzkammer seiner Partei, die sogenannten Diehards, über ihn und seine mehr gemäßigten Freunde den Sieg davon getragen. Man wollte Rache für den Generalfreist, Rache für den siebenmonatlichen Kampf der Bergarbeiter. Sicherlich ist zuzugeben, daß manches in den englischen Gewerkschaften reformbedürftig ist, aber die Durchführung dieser Reformen sollte man den Gewerkschaften selbst überlassen. Und die kommunistischen Tendenzen in der englischen Gewerkschaftsbewegung? Sie werden doch von dem überwiegenden Teil der Gewerkschaftler abgelehnt. Die Coalschen Methoden fanden auf der Konferenz sämtlicher Verbandsausschüsse der englischen Gewerkschaften, die Mitte Januar dieses Jahres in London stattfand, eine Kritik, wie sie deutlicher nicht sein konnte.

Was besagt nun die Gewerkschaftsbill, deren Tendenz die schlimmsten Befürchtungen auch der gemäßigten bürgerlichen Kreise übertrifft?

Die erste Bestimmung erklärt jeden Streik für ungesetzlich, der sich nicht auf den bestellten Wirtschaftszweig beschränkt und der geeignet sein könnte, einen Druck auf die Regierung oder die Gemeinschaft auszuüben. Auch die finanzielle Unterstützung eines solchen Streikes ist ungesetzlich. Für Nebenretungen sind Gefängnisstrafen bis zu zwei Jahren vorgesehen.

Ferner wird das Streikpostenstehen am Wohnhaus und an der Arbeitsstätte für gesetzwidrig erklärt, falls dadurch eine Einschüchterung bezweckt wird, die bei den Streikbrechern die Befürchtung wachrufen könnte, dem Boykott, dem Haß, der Lücherlichkeit und der Verachtung preisgegeben zu sein.

Eine weitere Bestimmung ist mehr als ein Schlag gegen die Arbeiterpartei als gegen die Gewerkschaften gedacht. Die englischen Gewerkschaften gehören kooperativ der Labour-Party als Mitglieder an. Sie finanzieren in der Hauptsache den Parteiapparat. Jeder englische Gewerkschaftler bezahlt mit seinem Gewerkschaftsbeitrag gleichzeitig den politischen Beitrag, wenn er nicht ausdrücklich beantragt, davon befreit zu werden. Nach dem vorliegenden Gesetzentwurf soll das in Zukunft nicht mehr gestattet sein. Ganz im Gegenteil müssen hinfort die Gewerkschaften für die Erhebung des politischen Beitrages von jedem Mitglied ausdrücklich schriftlich ermächtigt werden. Mit dieser Maßnahme erhoffen die Väter des Gesetzentwurfes eine Verweigerung des politischen Beitrages seitens der politisch indifferenten Gewerkschaftsmitglieder.

Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes dürfen nur noch reinen Beamtenverbänden angehören, die mit sonstigen Organisationen nicht in Verbindung stehen.

Wöchliche Streiks in öffentlichen Betrieben sucht die Regierungsvorlage durch Androhung von Gefängnisstrafen bis zu drei Monaten zu unterbinden.

Allen Lokalbehörden wird unter Strafe verboten, irgendwelche unterschiedliche Behandlung zwischen Gewerkschaftler und Nichtgewerkschaftler vorzunehmen und etwa die Einstellung und Beschäftigung von der Gewerkschaftszugehörigkeit abhängig zu machen.

Die Veröffentlichung dieser gewerkschaftsfeindlichen Vorlage hat in allen Kreisen Englands großes Aufsehen erregt und innerhalb der Arbeiterschaft tiefe Erbitterung ausgelöst. Die gesamte Vorlage mit ihren unklaren und dehnungsfähigen Bestimmungen wird als eine Kampfanlage gegen die englische Arbeiterbewegung betrachtet und als solche von der Arbeiterschaft ausgenommen.

### Wo bleibt die Preisermäßigung für Arbeiterfahrkarten?

Kaum zeigte die Teuerungslinie eine etwas nach unten neigende Kurve, da setzte auch schon der Lohnabbau bei den Bergleuten ein. Wer nun gehofft hatte, daß auch sonst überall ein Abbau erfolge, sieht sich schwer enttäuscht. Gas-, Licht- und Wasserpreise, die Preise für Fahrkarten, um nur einiges herauszugreifen, bleiben munter auf der alten Höhe. Schon vor Wochen forderten die christlichen Bergleute mit aller Deutlichkeit eine Ermäßigung der Preise für Arbeiterfahrkarten. Nach der Zahlung vom 1. Dezember 1925 benutzten die Eisenbahn oder Straßenbahn t ä g l i c h 20 573 und w ö c h e n t l i c h 5893 Bergleute (ohne die von Grube Frankenhof). Die Zahl dürfte inzwischen keine große Verschiebung erfahren haben. Für die Bergleute, die ziemlich weitab von der Grube wohnen, kommen monatlich hohe Beträge für Fahrkosten in Frage. Wie es mit ihrem Einkommen bestellt ist, haben wir ja mit stichhaltigen Lohnzahlen in der letzten Nummer nachgewiesen. Bei solcher Sachlage ist die Forderung der Bergleute nach Abbau der Fahrpreise nur zu berechtigt. Dabei haben wir nicht nur die Fahrpreise der Eisenbahn im Auge, sondern auch die der Straßenbahngesellschaften. Viele Bergleute, zumal aus Saarwellingen und dem Röllertal müssen die Straßenbahn benutzen. Hier wie dort muß

eine fühlbare Ermäßigung der Preise für die Arbeiter erfolgen. Gibt es doch heute Vergleute, die bis zu 20 Prozent ihres Lohnes für Fahrgelegenheit ausgeben müssen. Dieser unhaltbare Zustand schreit förmlich nach Beseitigung. Eisenbahn- und Straßenbahnverwaltungen haben die Pflicht, baldigst Erleichterung zu gewähren. Wir richten daher hier die Frage an die maßgebenden Instanzen:

**Wann erfolgt die geforderte und notwendige Preisermäßigung?**

**Lohnbewegung in Oberschlesien**

Seitdem der gewerkschaftliche Gedanke unter den ober-schlesischen Vergleuten wieder lebendiger geworden ist, herrscht auch wieder reges Leben zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Keulich konnten wir von dem Erfolge berichten, den die Organisationen in der Arbeitszeitfrage erreichten. Nunmehr versuchen sie die Lohnverhältnisse zu verbessern. Am 30. April kündigten sie das Lohnabkommen. Die Kündigung läuft am 31. Mai ab.

Wie wir in der letzten Nummer nachwies, steht das ober-schlesische Steinkohlengrubengebiet in puncto Lohnbildung an zweitlehster Stelle sämtlicher Bergbaugrubengebiete Preußens. Obwohl die Flözverhältnisse mit zu den besten aller deutschen Bergbaugrubengebiete zählen, lag im Jahresdurchschnitt 1926 der Lohn aller Arbeiter um 203 Mark unter dem Lohn der Ruhrbergarbeiter. Diese gewaltige Spannung erscheint durch nichts gerechtfertigt, zumal die Arbeitszeit immer noch eine Viertelstunde länger ist wie im Ruhrbergbau.

Ueber die Lohnbildung aller Arbeiter seit 1924 und den Unterschied gegenüber dem Ruhrgebiet gibt folgende Aufstellung ein Bild:

Jahr	Oberschlesien	Ruhrgebiet
1924	Durchschnittslohn 4.51 Mk.	5.95 Mk.
1925	Durchschnittslohn 5.16 Mk.	6.90 Mk.
1926	Durchschnittslohn 5.51 Mk.	7.54 Mk.

Die Lebenshaltungskosten sind in Oberschlesien genau so hoch wie im Ruhrgebiet. Die Not, die infolge der niedrigen Lohnbildung in Oberschlesien zu verzeichnen ist, ist groß. Daran sind die Vergleute aber nicht ganz unschuldig, weil sie glauben, durch „Sparen“ des Gewerkschaftsbeitrages besser zu fahren. Nachgemacht erkennen sie, wie verhängnisvoll diese Sparmethode für sie wurde, und schließen sie sich in steigendem Maße dem Gewerksverein an. Im Interesse der ober-schlesischen Vergleute kann man der eingeleiteten Lohnbewegung nur vollen Erfolg wünschen.

**Die Förderung der Saargruben im ersten Viertel 1927**

**Die höchste Förderziffer seit Übernahme der Gruben durch Frankreich erreicht!**

Nachdem die Förderung sämtlicher Saargruben im Monat März bekannt gegeben ist, ist es möglich, eine Zusammenstellung für das erste Vierteljahr 1927 zu machen. Die reine Förderung betrug:

Monat	Staatl. Grube		zusammen	auf Halben
	Gruben	Frankenholz		
Januar	1 155 387	36 768	1 192 155	72 515
Februar	1 176 451	34 801	1 211 252	131 443
März	1 261 628	27 175	1 288 803	333 383
I/1927	3 593 476	98 802	3 692 278	333 383
I/1926			3 481 607	
I/1925			3 587 443	
I/1924			3 568 227	
III/1924			3 643 601	

Wie die Aufstellung zeigt, wurde im ersten Vierteljahr die höchste Förderung seit Übernahme der Saargruben durch Frankreich erreicht. Die höchste Vierteljahresförderung wurde bisher im dritten Viertel 1924 erreicht, in dem Jahre also, das bisher die Rekordförderung zu verzeichnen hatte. Um 48 677 Tonnen wurde das Förderergebnis vom dritten Viertel 1924 überschritten. Dabei ist zu berücksichtigen, daß im Monat März dieses Jahres schon eine F e i e r s c h i c h t zu verzeichnen war und auf der Grube Frankenholz der ausgedehnte Brand die Förderung minderte. Ohne Feiertag im März wäre das Förderergebnis um rund 30 000 Tonnen höher.

**Die Tages- und Kopfleistung**

ist auch erheblich gestiegen, wie folgende Tabelle ausweist:

Monat	Tagesleistung	Tonnen	Kopf- und Schichtleistung	
			Kilogramm	Kilogramm
Januar	49 116		724	
Februar	50 595		741	
März	49 856		732	
I/1927	49 856		732	
Jahr 1926	45 690		692	
Jahr 1925	45 171		675	
Jahr 1924	46 960		708	
Jahr 1923	43 190		638	
Jahr 1922	38 054		606	
Jahr 1921	34 404		515	
Jahr 1920	30 455		482	
Jahr 1918	44 054		603	

Die höchste Tages- und Kopfleistung wurde bis zum Anfang 1927 im Jahre 1924 erzielt. Im ersten Viertel d. J. wurden sie aber erheblich überschritten, und zwar die Tagesleistung um 2 796 Tonnen und die Kopfleistung um 24 Kilogramm.

Angeichts dieser Leistungssteigerung, die der Generaldirektion den vorgenommenen Kohlenpreissabbau (der ja zum großen Teile durch den Lohnabbau abgegolten wurde) zum Teil wieder wert machte, ist es geradezu unverständlich, daß den Vergleuten keine Vergütung für die Feiertage gewährt wird.

**Gebt acht beim Abschluß einer Feuerversicherung!**

Man schreibt uns: Beim Abschluß einer Feuerversicherung, die unsere Mitglieder selbstverständlich nur bei unserer Deutschen Feuerversicherung Aktien-Gesellschaft beantragen, wird sehr häufig der Frage, ob die Sachen bereits anderweitig versichert sind, nicht die Beachtung geschenkt, die sie verdient. Es bestehen oft zwei oder mehr Verträge über das gleiche Wagnis, ohne daß die interessierten Versicherungsgesellschaften hiervon unterrichtet sind. Erst bei einem Schadenfall klärt sich die Sache auf, und das Verschweigen dieses Umstandes zeitigt für den Geschädigten die unliebsamsten Uebertragungen, sei es, daß von jeder der beteiligten Gesellschaften die Ersatzansprüche überhaupt abgelehnt werden oder erst nach langwierigen Verhandlungen unter den beteiligten Gesellschaften eine Einigung erzielt und dann aus Entgegenkommen eine Entschädigung gezahlt wird. Denn sowohl durch das Gesetz als auch durch die Versicherungsbedingungen ist dem Versicherungsnehmer die Pflicht auferlegt, den in Frage kommenden Gesellschaften von einer bestehenden mehrfachen oder Doppelversicherung unverzüglich Mitteilung zu machen. Wer sich also vor Schaden schützen will, verjäume nicht, bei einer Sachschadenversicherung klare Verhältnisse zu schaffen und, falls er seine Habe bei mehreren Gesellschaften versichert hat, diesen von der anderweitig genommenen Versicherung baldigst Kenntnis zu geben.

**Anfälle im preussischen Bergbau im Jahre 1926**

Der Bergbau fordert jährlich eine große Zahl Opfer. Durch Massen- und Einzelunfälle verlieren viele Hundert brave Knappen ihr Leben, andere werden zeitweilig zu Krüppeln. Die Dessenitätlichkeit wird nur etwas aufgeschont und auf die Gefährlichkeit der Grubenarbeit wieder hingelenkt, wenn ein Massenunfall über die Knappen herabgefallen ist. So konnte man jetzt wieder teilnehmende Worte hören, als die Meldung durch die Presse ging von dem großen Unglück in Amerika, wo in West-Virginien 86 Vergleute von jeder Keilung abgeschossen wurden und eines grauenhaften Todes sterben mußten. Einige Tage nach dem Geschehen ist die Sache vergessen und kein Mensch denkt mehr an die stillen Helden der Tiefe, die um farglichen Lohn täglich dem Tode ins Auge schauen müssen. Und doch fordern die Einzelunfälle insgesamt noch mehr Opfer als die Massenunfälle! So sind, wie unten folgende Tabelle ausweist, im preussischen Bergbau im vorigen Jahre 1246 Knappen hauptsächlich durch Einzelunfälle ums Leben gekommen. Arbeitsunfälle mehr als vier Todesopfer! Da gibt es dann noch eine gewisse Preisse, die dagegen maukt, daß den Hinterbliebenen der Opfer durch die Gewerkschaften im Reich eine Rente erkämpft wurde, die sie vor Not schützt.

Hier im Saargebiet, im Lande des Bältechendes, der der Welt das Heil bringen will, müssen allerdings die Hinterbliebenen tödlich Berunglückter ein sorgenvolles Leben führen, zumal die, deren Ernährer vor der Beschäftigung der Gruben durch Frankreich zu Tode kam. Aber nicht nur die Hinterbliebenen darben, sondern auch die Kameraden, die in der Zeit durch einen Unfall ihre Gewerkschaftsmitgliedschaft verloren haben. Wann gedenkt die Regierungskommission hierin einen Wandel zum Besseren zu schaffen?

Wie die folgende Tabelle ausweist, stieg die Ziffer der tödlichen Unfälle im Laufe des Jahres erheblich. Im letzten Vierteljahr überstieg die Zahl der tödlichen Unfälle die vom ersten um rund fünfzig oder 17,5 Prozent. Wie überall, dürfte diese auffallende Steigerung in dem Antriebsloste zu erblicken sein.

Nach der amtlichen Unfallstatistik im „Reichsanzeiger“ passierten 1926 im preussischen Bergbau an Unfällen:

Zeit	Gesamtunfälle	davon tödlich
1. Quartal 1926	26 688	285
2. Quartal 1926	25 870	322
3. Quartal 1926	34 611	322
4. Quartal 1926	34 151	335
zusammen 1926	120 320	1264

Die Zahlen reden eine eindringliche Sprache von der Gefährlichkeit des Bergmannsberufes. Und doch sucht man ihn so knapp wie nur möglich im Lohne zu halten. Grundlag müßte sein, daß der Bergmann mit seinem Lohne an der Spitze aller Arbeiter stünde. Im Kriege prägte man diese Formel, als alle Welt nach Kohlen schrie. Heute, wo wieder Kohlen im Ueberflusse vorhanden sind, ist diese Formel zum „alten Gerümpel“ geworden.

Wir aber, wir Vergleute selbst müssen sich ringen, daß wir mehr Anerkennung und eine bessere Wertung finden. Auch dafür müssen wir kämpfen, daß die Unfallgefahren eine Minderung erfahren. Die Pflicht gegen uns selbst und unsere Angehörigen fordert das dringend.

**Peter Kelkel †**

Von einem überaus schmerzlichen Verlust wurde die Zahlreiche Hülzweiler, aber auch unsere Bewegung insgesamt betroffen durch das Ableben des Kameraden Peter Kelkel. Es dürfte wohl keinen Vertrauensmann im Saargebiet geben, der ihn nicht kannte. War er doch eine der markanten Persönlichkeiten, die wohl auf jeder Konferenz, die der Gewerksverein seit seinem Einzug im Saargebiet abhielt, vertreten waren. Sein Wort fand immer Beachtung, weil es wohl abgemessen war, und immer nur dem Besten des Standes und des Gewerksvereins diente. In mancher schwieriger Situation, wenn die Gefühle den Verstand meistern wollten, griff er ein, um mit seltener Klarheit das Für und Wider abzuwägen und dann den richtigen Weg zu zeigen. Seine Ratschläge erwiesen sich als richtig. Sie waren gründlich durchdacht; er besah eben die schätzenswerte Gabe, seine Gefühle im Zaume zu halten und den Verstand sprechen zu lassen. Durch dieses Wirken hat er seine Kameraden vor manchem übereilten Schritt bewahrt und sie vor Nachteil geschützt.

Seit der Gewerksverein im Saargebiet eingezogen ist, gehörte Kelkel zu seinen Vornehmern. Auf schwierigem Vorposten stand, ließ er sich weder durch die herausragenden Schwierigkeiten, noch durch persönliche Anwürfe aus der einmal für richtig erkannten Bahn drängen. Eifrig beteiligte er sich an den ersten Unterrichtskursen, um sich das notwendige Rüstzeug zur Verteidigung und Ausbreitung seiner Organisationsarbeit zu erwerben. Von Ort zu Ort zog er, um in mühsamer Kleinarbeit dem Gewerksverein neue Streiter zuzuführen. Als mancher verzagen wollte, gehörte er zu denen, die die mutlos Gewordenen zu neuen Taten aufstießen. Vor dem Kriege, während des Krieges, und nach dem Kriege bis zu seinem nur allzu früh erfolgten Tode stand er ununterbrochen in der vordersten Linie.

So war es kein Wunder, daß Kelkel das Vertrauen seiner Kameraden erobert mußte. Wer so uneigennützig wie er der Sache dient, erntet bei christlichen Vergleuten denn doch noch die köstliche Frucht Vertrauen. Als Vertrauensmann wirkte er für sie viele Jahre hindurch im praktischen Arbeits-, im gewerkschaftlichen und im politischen Leben. Als Sicherheitsmann ist Kelkel weit über seinen engeren Grubenbezirk hinaus bekannt geworden. Er wachte, was er wollte, trat mit Mannhaftigkeit, aber auch kenntnisreich für seine Kameraden ein. Im gewerkschaftlichen Leben führte ihn das Vertrauen seiner Kameraden mehrmals als Delegierter auf die Generalkonferenzen, wo er immer ein fleißiger und geschickter Mitarbeiter war. Und im politischen Leben vertrat er die Interessen seines Standes und Volkes im Gemeinde- und Bürgervereinsrat, sowie im Kreisrat seiner Heimat. In diesen Vertrauensämtern hatte er sich nicht gebügel. Kelkel war die verkörperte Bescheidenheit. So mußten ihn seine Kameraden förmlich drängen, ein Ehrenamt zu übernehmen. Wenn er sich schämte, dann hauptsächlich aus der ehrenden Auffassung, die auf dem Amte ruhende Verantwortung könne er nicht restlos erfüllen. Wer von dieser Auffassung befreit ist, wird auch der Verantwortung gerecht, wenn er sich für die Annahme eines Amtes entschieden hat. Und Peter Kelkel ist den übernommenen Pflichten nicht nur völlig gerecht geworden, nein, er hat darüber hinaus noch freiwillig sich Pflichten aufgeladen, um seiner Bewegung und seinen Kameraden zu dienen.

Kelkel will nicht mehr unter uns. Im Alter von 52 Jahren sollte ihn der Tod. Auf dem Viehener Berge schläft er der ewigen Auferstehung entgegen. Aber sein Geist soll weiter unter uns leben. Das Vorbild, das er uns vorlebte, wollen wir alle nachahmen. Eine schwere Zeit lastet auf dem Bergmannsstande. Da tun demselben ganze Männer not. Werde jedes Mitglied in seiner Wichsamkeit ein Peter Kelkel, dann wird die schwierige Zeit schon gemeinert! Das muß die Ehrung sein, die wir alle unserem treuen und uneigennütigen Kameraden Kelkel schuldig sind.

Unter heißes Mitgefühl gehört seiner Witwe und seinen kleinen unversorgten Kindern. Der Gewerksverein wird ihnen ein Helfer sein und bleiben, wo immer er kann.

**Deutschlands Kohlenproduktion im ersten Vierteljahr 1927**

Nach Ermittlungen des Statistischen Reichsamtes betrug die Kohlenproduktion Deutschlands im ersten Vierteljahr 1927 (ohne Saargebiet):

Kohlenart	1927			1926			1915		
	Tonnen	Tonnen	Tonnen	Tonnen	Tonnen	Tonnen	Tonnen	Tonnen	
Steinkohlen	40 145 102	33 225 507	23 876 876						
Braunkohlen	37 473 629	35 139 417	20 917 677						
Koks	7 809 771	6 235 809	7 337 977						
Steinkohlenbriketts	1 406 030	1 419 055	1 345 789						
Braunkohlenbriketts	9 229 354	8 538 387	5 048 620						

Im ersten Vierteljahr 1927 ist eine erhebliche Steigerung der Kohlenproduktion sowohl gegenüber dem Vorjahre als auch dem Jahre 1915 zu verzeichnen. Außerordentlich gesteigert wurde die Braunkohlenförderung und Braunkohlenbrikettsproduktion.

**Bekanntmachung**

Der 22. Wochenbeitrag (Woche vom 22. bis 28. Mai) ist in dieser Woche fällig.

Für die Redaktion verantwortlich: P. Kiefer.  
Verl. des Gewerksvereins christl. Bergarbeiter Deutschlands.  
Druck: Saarbrücker Druckerei und Verlag A. G.